

Fundamental-Christliche  
Einwürfe haben wenig  
Wirkung gezeigt

## Wahlentscheidend? Die Unionsparteien und ihre C-Debatten

Antonius Liedhegener

„Die Frage nach der Christlichkeit der Union ist keineswegs mehr eine theoretische“, schreibt der katholische Journalist Martin Lohmann in seinem Buch *Das Kreuz mit dem C*. „Noch“, so drohte Lohmann mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 2009, scheine das „Argument zu ziehen, die Union sei halt das kleinste aller Übel. Noch scheinen sich viele kleine C-Parteien, die in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden, nicht als Alternative anzubieten. Doch die Wahlverweigerung und die Flucht weg von der Merkel-Union werden zunehmen. Und immer wieder spielt dabei die Frage eine Rolle: Wie christlich ist eigentlich die Union? [...] Kann man als überzeugter Christ diese Union noch wählen?“ Ganz ähnlich klingt es in dem ebenfalls 2009 erschienenen Buch *Das hohe „C“*. *Wohin steuert die CDU?*, das der Dominikaner und Trierer Sozialethiker Wolfgang Ockenfels vorgelegt hat. Den Auftakt zu dieser in der Geschichte der Union jüngsten Kontroverse um das „C“ hatte Joachim Kardinal Meisner schon 2002 geliefert. Wiederholt forderte der Kölner Erzbischof die CDU durch die Presse auf, das „C“ in ihrem Namen zu streichen und durch ein, wie er meint, zutreffenderes „K“ für „konservativ“ zu ersetzen.

Kardinal Meisner, Martin Lohmann und Wolfgang Ockenfels formulieren einen neuen Unmut in Teilen der Union, der insbesondere, aber nicht nur unter sehr konservativen Katholiken anzutreffen ist. Mantraartig stellen Lohmann

und Ockenfels in Interviews und Presseartikeln die Behauptung auf, dass die Union sich weitgehend von ihren christlichen Wurzeln und programmatischen Ursprüngen entfernt habe. In der von einer „ostdeutschen Pastorentochter“ geführten einstigen Adenauer-Partei habe – so Ockenfels – ein politischer Pragmatismus um sich gegriffen, der es überzeugten Christen schwer oder gar unmöglich mache, die Union zu wählen.

### Da capo?

Die Kenner der Parteiengeschichte der Union wissen, dass diese Töne nicht ganz neu sind. Die Debatte um das „hohe C“, das Christliche in und an den beiden Parteien begleitet sie beinahe seit ihren Anfängen. Und vielleicht stehen die zitierten Stimmen ja in der Tat nur für eine Wiederkehr des ewig Gleichen, für das *da capo* jener nicht auflösbaren Spannung zwischen der programmatischen Orientierung der Union an Kerngehalten des Christentums einerseits und den vielen mehr oder weniger tragfähigen Kompromissen des politischen Tagesgeschäfts einer Regierungspartei andererseits.

Es könnte aber auch sein, dass in diesem Protest gravierende Veränderungen sichtbar werden, die auf den Abschied der Unionsparteien von ihrem christlich-demokratischen Ursprung in der Nachkriegszeit hindeuten. Ist die Union nun doch zu dem geworden, was Politikwissenschaftler schon so oft behauptet haben, nämlich eine liberal-konservative *Catch-All-Party*, die der konservativen

Parteienfamilie in den westeuropäischen Demokratien zuzuschlagen wäre?

## Zum Status der Religion in den Unionsparteien

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Die CDU und die CSU sind keine religiösen Parteien. Sie führen das Wort christlich im Namen, sind aber in einem spezifischen Sinn keine religiösen Parteien, wie es etwa die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) oder andere Splitterparteien für sich beanspruchen. Die Unionsparteien finden die Antworten auf politische Herausforderungen nicht in der Bibel offenbart. Fundamentalismus ist nicht ihr Geschäft – und kann es nicht sein. Die CDU und die CSU sind aber in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland jene Parteien, die für sich reklamieren beziehungsweise reklamieren können, christlich geprägte Politik in Programmatik, politischem Personal und politischen Entscheidungen zu verkörpern.

Historisch ist diese Prägung unmittelbar einsichtig, sammelten sich 1945 nach dem Untergang des Hitler-Regimes doch alte katholische Zentrums-Demokraten der Weimarer Republik und evangelische Christen, oftmals geeint durch die Erfahrung von politischer Unterdrückung und Verfolgung, in einer interkonfessionellen politischen Bewegung, aus der die CDU und CSU hervorgingen. Und auch programmatisch ist ihre christliche Prägung bis heute unverkennbar: Das christliche Menschenbild ist leitend. Diese über die Jahre festgehaltene Rückbindung und die ihm zugeschriebenen normativen Konsequenzen und Anforderungen an einen schichten- sowie konfessions- und mittlerweile auch religions- und Lebensorientierungen übergreifenden politischen Grundkonsens begründet maßgeblich die Kontinuität im politischen Leitbild. Der Politikwissenschaftler Udo Zolleis hat gezeigt, dass die Unionsparteien gerade durch eine hohe Kontinuität im Leit-

bild gekennzeichnet sind. Ihr Leitbild positioniert die Union in der Wählerschaft, zieht den roten Faden für das politische Handeln ihrer Eliten und strukturiert ihr innerparteiliches Leben. Personalismus und Personenwürde, die Anerkennung des gesellschaftlichen Pluralismus, das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsprinzip und die Idee der Mediation als politische Problemlösungs- oder notfalls Problemminimierungsstrategie markieren die Grundfeste des christdemokratischen Leitbildes. Dieses Leitbild integriert liberal-konservative Positionen, geht über den konservativen Rekurs auf *Common Sense* und einen bewahrenden Pragmatismus aber weit hinaus.

## Die „C“-Debatte und ihre Funktion in der Parteiengeschichte

Auseinandersetzungen um das „C“ begleiten die CDU und CSU seit ihren Anfängen. Sprachlich ähnelt sich vieles. Unterschiedlich und deshalb wichtig ist vor allem die jeweils vorherrschende Stoßrichtung der Beschäftigung der CDU/CSU mit der C-Problematik. In den 1950er-Jahren diente – wie Dorothee Buchhaas gezeigt hat – die parteiinterne wie öffentliche Thematisierung des „C“, die übrigens schon damals als gegenüber den tagespolitischen Erfordernissen zu vage kritisiert wurde, der Integration der jungen Partei nach innen und lieferte ein Thema zur Abgrenzung nach außen, die sich im Zweifel unspezifisch gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus im Osten Europas richtete.

In den 1960er-Jahren sah sich die Union dann mit der beginnenden Auflösung des religiösen beziehungsweise konfessionellen Milieus konfrontiert. Als ideelle Klammer der sozialstrukturell immer weniger eingebundenen christlichen Wähler hatte das „C“ damals seinen prominenten Ort in der Partei.

Die 1970er machten aus der CDU eine professionalisierte Volkspartei, die sich

seitdem auf eine zentrale Mitgliederorganisation und zahlreiche Stabsstellen des Parteiapparats stützte. Die Union suchte, sich durch Organisationsanstrengungen ihr eigenes Milieu gleichsam neu zu schaffen. Dies war eine der einschneidenden Reaktionen auf die 1969 im Bund verlorene Regierungsmacht. Auch die Programmatik wurde erneuert. In dieser Modernisierungsphase der 1970er-Jahre bildete das „C“ eine – parteiintern nicht unumstrittene – Möglichkeit, die programmatische Modernisierung der Partei mit einer Tradition im Leitbild zu verbinden.

Die Voraussetzung dafür war aber eine zunehmend abstraktere Ausformulierung des Christlichen Menschenbildes. Anders gesagt: Die christdemokratische Programmatik der Partei wurde von den schwindenden milieustrukturellen Voraussetzungen entkoppelt, um das Leitbild gegen die Säkularisierungstendenzen der Gesellschaft abzuschirmen. Kritik an einer zu „weltlichen“ CDU kam damals vor allem aus der Mitte des bundesdeutschen Mehrheitskatholizismus, nicht vom Rand. Für die 1980er- und 1990er-Jahre war das „C“ wohl vor allem ein fester Bestandteil von Grundsatz- und Sonntagsreden. Debatten über die inhaltliche Bedeutung des „C“ wurden als unproduktiv und eher schädlich für die seit 1982 wieder im Bund regierende Union angesehen.

### Religion als Strukturdimension

Die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nicht zuletzt eine Säkularisierungsgeschichte, die schon weit vor 1990 begann. Nicht, dass die Bundesdeutschen heute religiös gänzlich unmusikalisch wären, aber die lebenspraktische Bedeutung von Glaube und Kirche hat sich radikal verändert. Aus den Volkskirchen mit hohem gesellschaftlichen Konventionalismus der Nachkriegszeit sind im Prinzip Freiwil-

ligkeitskirchen geworden, die einerseits für die Sozialisation und an den Lebenswenden ein Sinnangebot bereithalten und andererseits mit einer kleinen, aber sehr engagierten aktiven Anhängerschaft einen wesentlichen Teil der deutschen Zivilgesellschaft stellen. Gleichzeitig haben Kirchnaustritte, Migration und die Folgen der DDR-Diktatur eine stark veränderte religiöse Landschaft geschaffen, die pluraler und heterogener ist als jemals zuvor. Für die Unionsparteien von besonderem Gewicht war die Auflösung des klassischen katholischen Milieus und mit ihm der Niedergang der praktizierten Kirchlichkeit.

Kardinal Meisner, Martin Lohmann und Wolfgang Ockenfels ist gemeinsam, dass sie innerkirchlich einer konservativen Linie verpflichtet sind. Diese setzt der bejahenden Nähe der vorherrschenden Pastoral zur Vielfalt und Heterogenität der Lebensverhältnisse in Deutschland eine stärkere Orientierung an Tradition und Heilsnotwendigkeit der Kirche entgegen. Der langjährigen, erfolgreichen Mitgestaltung der politischen Verhältnisse durch den deutschen Mehrheitskatholizismus wie er in der Mehrheit der Deutschen Bischofskonferenz, dem ZdK und dem katholischen Verbands- und Organisationswesen zum Ausdruck kommt, steht man hier – um es vorsichtig zu sagen – skeptisch gegenüber. Vor allem die wiederholten Kompromisse beim Lebensschutz und die Kritik von Angela Merkel an Papst Benedikt XVI. in der Williamson-Affäre werden vehement kritisiert. Neben dem lange Jahre tonangebenden Mehrheitskatholizismus artikuliert sich also erstmals seit Langem eine sehr konservative Opposition, deren Konfliktpotenzial innerkirchlich und, wie die aktuelle C-Debatte zeigt, parteipolitisch ernst zu nehmen ist.

An der programmatischen Verankerung der Unionsparteien in zentralen, konfessionsübergreifenden Ideenkomple-

xen des Christentums kann nach wie vor kein Zweifel bestehen. Das belegen das Wahlprogramm 2009, das Grundsatzzprogramm von 2007, die vorangegangene Programmdebatte und die Arbeit der speziell eingesetzten Grundwertekommission. Unbestreitbar ist aber auch, dass die Berufung auf das Christliche Menschenbild, das heißt die Vermittlung christlicher Vorstellungen mit politischen Grundüberzeugungen, nicht das gesamte Meinungsspektrum der Anhänger der Union abdeckt. Neben der christdemokratischen Tradition im engeren Sinne umfasst die Union vor allem in Norddeutschland bürgerlich-liberale und liberal-konservative Traditionen, die sich geschichtlich aus eigenen Quellen speisen. Die im Christentum fundierten Grundorientierungen bieten aber keine eindeutigen, unmittelbar umsetzbaren Antworten auf Fragen praktischer Tagespolitik. Und sie wollen und können es auch nicht, denn in der Gesellschaft der Bundesrepublik ist der Chor allein des Christlichen zunehmend ein vielstimmiger und dabei keineswegs ein harmonischerer geworden. Kurz: Die Vorstellungen und Praktiken gegläckten Lebens und damit der politischen Interessen und Ziele sind vielfältiger, individueller und heterogener geworden. Insgesamt hat der gesellschaftliche Wandel das Geschäft der politischen Interessenintegration also nicht einfacher gemacht. Das ist Teil der Krise der Volksparteien.

Die Zähigkeit, mit der die Union gegen allen sozialstrukturellen Wandel und gegen wiederholten Rat von Parteienforschern, Historikern und Politikwissenschaftlern am „C“ festgehalten hat beziehungsweise festhält, zeigt, dass in dieser Frage der Lebensnerv der CDU/CSU berührt wird. Allerdings sind C-Debatten für die Union eine zweiseitige Angelegenheit. Einerseits sind sie notwendig für die Selbstvergewisserung und Zukunftsfähigkeit der Union als wertgebundene Parteien. Andererseits können sie

sich auf die Wahlchancen der Union in einer wenn nicht säkularen, so doch sicherlich religiös unterkühlten deutschen Gesellschaft negativ auswirken. Wahlkämpfe sind mit dem Thema nicht zu gewinnen. Das zeigt ein Blick auf die letzte Bundestagswahl.

## Wahlverhalten der Christen

Im letzten Herbst erhielt die Union bundesweit 33,8 Prozent der Stimmen. Nur das Wahlergebnis von 1949 war schlechter. Hätten – rein hypothetisch – nur die deutschen Katholiken die Wahl bestritten, hätte es für eine Alleinregierung reichen können. 46 Prozent gaben nach infratest-dimap-Daten CDU und CSU ihre Stimmen. Damit liegt unter katholischen Wählerinnen und Wählern der Stimmenanteil der Unionsparteien um rund zwölf Prozentpunkte über dem tatsächlichen Ergebnis. Evangelische Wähler stimmten leicht unterdurchschnittlich für die Union (31 Prozent). Wähler ohne Religionszugehörigkeit stimmen weitaus seltener für die Union (22 Prozent).

Obschon die Union auch unter katholischen Wählern verloren hat und diese Verluste leicht überdurchschnittlich ausgefallen sind, spricht dies aber nicht für die These der Merkel-Kritiker vom schwindenden Rückhalt der Union aufgrund christlicher Unzufriedenheit. Denn *erstens* hat der angedrohte beziehungsweise prognostizierte Wechsel zur religiösen Kleinparteien nicht stattgefunden. PBC, Zentrum oder Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) waren und sind Marginalien der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Und *zweitens* sind die Rückgänge vor allem in den hohen, aber anscheinend kaum religiös motivierten Verlusten der CSU insbesondere in ihren ländlich-katholischen Hochburgen begründet.

Im langfristigen Vergleich ist die nach Religionszugehörigkeit unterschiedlich starke Unionsbindung eine recht kons-

tante Größe. Der eigentliche, Wahlen entscheidend mitbeeinflussende Wandel betrifft die Gruppengrößen in der Wählerschaft. Der Anteil an Katholiken, an Protestanten und insbesondere an stark kirchengebundenen Christen ist in der Wählerschaft seit Jahren deutlich rückläufig. Die einstigen „Helden“ der deutschen Wahlgeschichte, der gewerkschaftlich gebundene Arbeiter und der wöchentliche katholische Kirchgänger oder besser Kirchgängerin, sind eine aussterbende Spezies.

Im Detail hat sich mit der letzten Bundestagswahl das religiöse Profil der Parteien, gemessen an der Zusammensetzung ihrer Anhänger, bemerkenswert verändert. Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Größenverhältnisse der Parteien sich massiv verschoben haben; vor allem zwischen SPD und der Linken und zugunsten der kleineren im Bundestag vertretenen Parteien gab es Verschiebungen. Vor diesem Hintergrund sind die Veränderungen in der religiösen Wählerstruktur der Parteien aufschlussreich.

### Christliche Aspekte in anderen Parteien

Die FDP war noch nie in ihrer Geschichte so christlich und rückt auch damit an die Union heran. Die FDP hat diese Repositionierung eines Teils der Wähler auch in ihren programmatischen Aussagen vorbereitet. Die liberalen Leitlinien zum Verhältnis von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften aus dem Jahr 2007 atmen einen völlig anderen Geist als die Kirchenthesen von 1974, die kirchenkritisch, ja kirchenfeindlich waren. Eine alte „weltanschauliche“ Differenz, die vor allem für Stammwähler der Union wichtig war, scheint – unbeschadet des jüngsten Zusammenstoßes zwischen der von der FDP gestellten, in der Humanistischen Union engagierten Bundesjustizministerin und den deutschen Bischöfen – gefallen zu sein.

Die SPD ist in ihrer Wählerschaft ebenfalls leicht „christlicher“ geworden. Den säkularen Pol in der deutschen Parteienlandschaft der Gegenwart stellt derzeit eindeutig Die Linke dar, und das nicht nur aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Verankerung im Osten Deutschlands.

Beide Unionsparteien sind und bleiben im Kontext des bundesdeutschen Parteiensystems also auch im wahlsoziologischen Sinne die am stärksten christlich geprägten Parteien.

### Ringens um den Status Volkspartei

Was zuerst nur als ein *da capo* eines älteren, überholten Ringens um die Rolle des „C“ in der Union erscheinen mochte, hat sich in der vorgelegten Analyse in wichtigen Teilen als ein neues Phänomen erwiesen. Erstmals ist eine Kritik am Kurs der Union, vor allem aber der CDU, aus dem Blickwinkel einer frustrierten religiös sehr konservativen Minderheit vorgetragen worden. In ihren politischen Chancen und Wirkungen ist diese Kritik als Ausdruckshandlung mit einer Neigung zur Fundamentalopposition gegenüber den etablierten Parteien einzustufen.

Die Aussichten der Position um Meisner, Lohmann und Ockenfels, politisch im Sinne von konstruktiv verändernd auf die Linie der Unionsparteien einzuwirken, waren gering. Ihr Vorstoß, einen Arbeitskreis „Engagierter Katholiken“ in der Union zu lancieren, ist auf wenig Gegenliebe der Partei und fast keine Zustimmung unter den Spitzenpolitikern der Union gestoßen. Bezeichnend ist, dass die Kritiker zuvor im Wahlkampf mit Wahlenthaltung beziehungsweise Wahl einer Kleinpartei gedroht, das heißt, sich so mental aus dem Umfeld der Unionsparteien bereits hinausbewegt hatten und sich damit teils direkt, teils indirekt im Bereich christlicher Fundamentalopposition verortet haben.

Im Blick auf das Wahlergebnis muss man diese Drohung als weitgehend wir-

kungslos einstufen. Wählerstimmenpakete können Kardinal Meisner und sein Umfeld im großen Stil nicht dirigieren. Dem steht die Wirklichkeit der religiösen Landschaft wie der katholischen Kirchlichkeit in Deutschland entgegen. Für die Union bedeutet das Ergebnis der Analyse aber keineswegs eine Entwarnung. Die Union wird um ihren Status als derzeit letzte verbliebene deutsche Volkspartei hart ringen müssen.

Eine CDU oder CSU, die ihre Verankerung im „C“ nicht darstellen kann, wird auch als Volkspartei keine Chance haben. Denn das „C“ steht nach wie vor für die

Grundlegung des eigenen Leitbildes und damit für das Bekenntnis der Union zur Orientierung christlich-demokratischer Politik am sozialen und – heute vielleicht mindestens ebenso wichtig – soziokulturellen Interessenausgleich. Das unterscheidet die Union von Klientelparteien oder anderen stark auf Einzelinteressen fokussierten konservativen Parteien in Europa.

Kurz und paradox: Das „C“, die Rückbindung an ein christlich fundiertes Leitbild, macht die Union zu einer unterscheidbaren christlich-demokratischen Volkspartei in einem weithin säkularen gesellschaftlichen Kontext.

### **Keine Macht um ihrer selbst willen**

*„Für Christen bleibt indes Politik immer auch etwas Vorläufiges und Relatives. Christliche Politiker werden, bei allem notwendigen ‚Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel‘, wie Max Weber zutreffend schrieb, immer auch eine letzte Distanz zu ihr wahren. Politik aus christlichem Engagement wird nie ‚die Macht lediglich um ihrer selbst willen, ohne inhaltlichen Zweck‘ (Max Weber) anstreben. Politische Ideologien mit umfassenden Weltanschauungscharakter und ebensolchen Erlösungsansprüchen weist das christliche Menschenbild zurück, denn es kennt die grundsätzliche Anfälligkeit des Menschen gegenüber moralischen und sachlichen Irrtümern.*

*Für den christlichen Politiker, der in der aufgeklärten Religion lebt und zugleich dem Gemeinwesen dient, ist die lebendige kulturelle Verbindlichkeit des christlichen Menschenbildes in der heutigen Gesellschaft alles andere als erschöpft. Es geht hierbei nicht etwa allein um die besondere Verantwortung für die Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates, es geht vor allem darum, den öffentlichen Diskurs offenzuhalten für die Fragen, die den grundlegenden Stellungnahmen zu unserem Leben vorausliegen und die der Staat ebenso wenig beantworten kann, wie sie durch Mehrheitsentscheidungen beantwortet werden können. Für diese Fragen ist es gewiss notwendig, in Staat und Politik ein Bewusstsein dafür zu erhalten, dass moralische Letztbegründung und die Grundorientierungen für unser Leben, unsere Ethik, nicht in letzter Instanz allein durch gesellschaftliche Übereinkunft begründet werden können. Dieses „Offenhalten“ fundamentaler Fragen ist im Übrigen auch ein Garant dafür, dass sich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und der Staat selbst weiterentwickeln; die richtige Balance zwischen Freiheit und Ordnung muss in modernen Gesellschaften immer wieder neu ‚vermessen‘ werden.“*

Norbert Lammert, in: *Damit ihr Hoffnung habt – Politik im Zeichen des „C“* (Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2010 hrsg. von Hans-Gert Pöttering).